



## **N i e d e r s c h r i f t**

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des  
Jugendhilfeausschusses am 11.03.2021**

***öffentlich***

---

**Ort: Videokonferenz**

**Zeit: 17:00 Uhr bis 17:50 Uhr**

**Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis**

## **Anwesend waren:**

Dr.med. Detlef Wend	Ausschussvorsitzender Fraktion MitBürger & Die PARTEI
Ute Haupt	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Josephine Jahn	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Claudia Schmidt	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Jan Döring	Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN
Carsten Heym	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Sören Steinke	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Beate Gellert	Fraktion Hauptsache Halle
Diana Franke	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhil- feausschuss
Dr. Gaby Hayne	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhil- feausschuss
Tobias Heinicke	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhil- feausschuss
Uwe Kramer	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhil- feausschuss
Anna Manser	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhil- feausschuss
Christof Starke	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhil- feausschuss
Nora Böhme	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Dr. Hendrik Kluge	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
René Moses	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Mirko Petrick	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Nico Teschner	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Susanne Willers	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Petra Schneutzer	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Daniela Stech	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss

## **Verwaltung**

René Rebensdorf	Beigeordneter des Geschäftsbereichs Stadt- entwicklung und Umwelt
Alexander Frolow	Leiter Fachbereich Bildung
Dr. Heike Schaarschmidt	Referentin Geschäftsbereich Bildung und So- ziales
Michael Gerstner	Bildungsmanager
René Lukas	Protokollführer

## **Entschuldigt fehlten:**

Katharina Brederlow	Beigeordnete des Geschäftsbereiches Bil- dung und Soziales
Andreas Schachtschneider	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dagmar Deckwerth	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Jerome Deubel	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Dr. Toralf Fischer	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Dr. Tino Kleinert	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Annika Möbius	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Tobias Steinicke	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss

Sven Bartsch  
Tatjana Privorozki

Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss  
Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss

**zu Einwohnerfragestunde**

---

Es lagen keine Einwohnerfragen vor.

**zu Kinder- und Jugendsprechstunde**

---

Es lagen keine Fragen zur Kinder-und Jugendsprechstunde vor.

**zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

---

**Herr Dr. Wend** bemerkte, dass es für ihn als Ausschussvorsitzender des Jugendhilfeausschusses der letzte Ausschuss in Form einer Durchführung per Videokonferenz ist. Eine Präsenzsitzung des Ausschusses ist für alle Beteiligten und für die Abhandlung der Tagesordnungspunkte vorteilhafter. Er bedankte sich bei allen Verantwortlichen für die bisherige Durchführung dieser Videokonferenzen.

**Herr Dr. Wend** eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

**zu 2 Feststellung der Tagesordnung**

---

**Herr Rebensdorf** teilte mit, dass die Mitteilungen

- 8.2. Bericht Hilfen zur Erziehung
- 8.3. Entwicklung Handbuch ASD

in die Sitzung des Jugendhilfeausschusses im Monat Mai vertagt werden.

Des Weiteren sind 3 Änderungsanträge zur Beschlussvorlage Bildungskonzept zu behandeln.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, rief **Herr Dr. Wend** zur Abstimmung der Tagesordnung auf.

**Abstimmungsergebnis:** **einstimmig zugestimmt**

Somit wurde die geänderte Tagesordnung beschlossen.

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 11.02.2021
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
5. Beschlussvorlagen
  - 5.1. Bildungskonzept für die Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: VII/2020/01960
    - 5.1.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Bildungskonzept für die Stadt Halle (Saale)"; Vorlagen-Nr.: VII/2020/01960  
Vorlage: VII/2021/02341
    - 5.1.2 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zum Bildungskonzept für die Stadt Halle (Saale); VII/2020/01960  
Vorlage: VII/2021/02344
    - 5.1.3 Änderungsantrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Beschlussvorlage Bildungskonzept für die Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: VII/2021/02380
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
7. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
8. Mitteilungen
  - 8.1. Mitteilung zur Umsetzung sonstigen Projektförderung im Jahre 2020
9. Beantwortung von mündlichen Anfragen
10. Anregungen
  - 10.1. Themenspeicher

### **zu 3      Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 11.02.2021**

---

Die Niederschrift vom 11.02.2021 wurde vertagt.

### **zu 4      Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

---

**Herr Dr. Wend** teilte mit, dass im JHA am 11.02.2021 folgender nicht öffentlicher Beschluss gefasst wurde.

Vergleich mit einem freien Träger über Rückforderungsansprüche nach Kinderförderungsge-  
setz LSA

#### **Beschlussempfehlung:**

Der Stadtrat beschließt den Abschluss eines Vergleiches mit dem Kinder- und Jugendhaus e. V. dahingehend, dass jegliche Rückforderungsansprüche aus den Verwendungsnachweisprüfungen der Bewilligungsjahre 2008 bis 2017 wechselseitig erledigt und abgegolten werden, wenn der Kinder- und Jugendhaus e. V. eine Einmalzahlung von 150.000,00 EUR sofort und weitere 10 Ratenzahlungen von jährlich 12.000,00 EUR – beginnend ab 01.06.2021 – zahlt. Die über die Gesamtzahlung von 270.000 EUR hinausgehenden Rückforderungsansprüche werden erlassen.



2. **Darüber hinaus werden an den Schulen der Stadt Projekte zur Sensibilisierung des Nutzungsverhaltens in Bezug auf den Umgang mit Ressourcen und Energie initiiert und verstetigt.**
3. Der „Auftrag“ zur Maßnahme 4.3.5 „Entwicklung eines kommunalen Kinder- und Jugendbeteiligungskonzeptes“ wird wie folgt ergänzt:  
„Die Stadtverwaltung bringt **unter Berücksichtigung der Festlegungen des Grundsatzbeschlusses zur Einführung eines Jugendparlaments in Halle (Saale) vom 30.10.2019** eine Beschlussvorlage zur Erarbeitung eines kommunalen Konzeptes zur Kinder- und Jugendbeteiligung in den Stadtrat ein und sichert die Rahmenbedingungen zu deren Umsetzung ab. Der Fachbereich Bildung sowie der Kinder- und Jugendbeauftragte entwickeln das Konzept zusammen mit den relevanten Akteuren sowie allen Geschäftsbereichen der Stadtverwaltung in einem partizipativen Prozess. Das Konzept beinhaltet überprüfbare Ziele und wird alle drei Jahre evaluiert und fortgeschrieben. Kinder und Jugendliche sind explizit von Anfang an sowie bei der Evaluierung zu beteiligen.

---

**zu 5.1.2 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zum Bildungskonzept für die Stadt Halle (Saale); VII/2020/01960 Vorlage: VII/2021/02344**

---

**Frau Haupt** brachte den Antrag ihrer Fraktion ein und begründete diesen.

**Frau Dr. Schaarschmidt** teilte mit, dass die Verwaltung dem Änderungsantrag zustimmt.

**Herr Dr. Wend** bat um Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:** **einstimmig zugestimmt**

**Beschlussempfehlung:**

Der Punkt 4 des Beschlussvorschlages wird wie folgt geändert:

4. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, dem Stadtrat ab dem **3. Quartal 2022** 2023-im **jährlichen Rhythmus** ~~Zweijahresrhythmus~~ zum Umsetzungsstand der Maßnahmen sowie entsprechend Kapitel 2.6. des Bildungskonzeptes zur generellen Entwicklungslandschaft Halle (Saale) zu berichten.

---

**zu 5.1.3 Änderungsantrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Beschlussvorlage Bildungskonzept für die Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: VII/2021/02380**

---

**Herr Dr. Wend** brachte den Antrag seiner Fraktion ein und begründete diesen.

**Herr Gerstner** wies darauf hin, dass der Inhalt des Änderungsantrages bereits teilweise die Umsetzung einer Maßnahme im Bildungskonzept vorwegnimmt. Hier handelt es sich um Einzelaspekte der Maßnahme 4.1.3, die zunächst mit vielen Akteuren diskutiert werden müssten.

**Frau Dr. Schaarschmidt** fügte hinzu, dass die praxisintegrierten Ausbildungen nicht allein von der Verwaltung entschieden werden.

**Herr Dr. Wend** bat um Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:**

**einstimmig zugestimmt**

**Beschlussempfehlung:**

Maßnahme 4.1.3. Fachkräftegewinnung und Fachkräftebindung für/ an Kindertageseinrichtungen wird wie folgt ergänzt:

Auftrag: Der Geschäftsbereich Bildung und Soziales prüft in Zusammenarbeit mit der Sozialplanung und dem Fachbereich Bildung, den Trägern der Kindertageseinrichtungen, den einschlägigen Berufsschulen sowie unter Berücksichtigung der Ansätze anderer Kommunen die kommunalen Handlungsmöglichkeiten zur Fachkräftegewinnung und -bindung für Kindertageseinrichtungen. **Die Stadt Halle (Saale) verstetigt ihre Bemühungen, praxisintegrierte Ausbildungen für Erzieher\*innen anzubieten und die ausgebildeten Fachkräfte zu binden. Darüber hinaus prüft die Stadtverwaltung die Möglichkeiten von Praktika mit existenzsichernder Entlohnung als Erleichterung für den Quereinstieg in die Erziehungsberufe sowie die Förderung von berufsbegleitenden Ausbildungen für Heilpädagog\*innen.** Das Ergebnis der Prüfung wird dem Jugendhilfeausschuss vorgestellt. ~~Bei positiver Prüfung, d.h. dem Vorliegen~~ **Zur Planung** zielrelevanter kommunaler Handlungsmöglichkeiten, erarbeitet die Sozialplanung ein entsprechendes kommunales Konzept und legt dieses dem Stadtrat zum Beschluss vor.

**zu 5.1      Bildungskonzept für die Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: VII/2020/01960**

---

Es gab keine Wortmeldungen zur Beschlussvorlage Bildungskonzept für die Stadt Halle (Saale), sodass Herr Dr. Wend zu Abstimmung bat.

**Abstimmungsergebnis:**

**zugestimmt mit Änderungen**

**Beschlussempfehlung:**

1. Der Stadtrat beschließt das in der Anlage vorgelegte Bildungskonzept für die Stadt Halle (Saale).
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die in Kapitel 4 des Bildungskonzeptes für die Stadt Halle (Saale) aufgeführten, in kommunaler Verantwortung liegenden Maßnahmen umzusetzen. Für einzelne Maßnahmen, die einer weiteren Konkretisierung bedürfen, sind bei Bedarf gesonderte Beschlussvorlagen in den Stadtrat einzubringen.
3. Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwieweit zur Umsetzung der Maßnahmen Fördergelder von Land, Bund und der EU sowie durch die Zusammenarbeit mit anderen Kooperationspartnern eine externe Finanzierung erfolgen kann.
4. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, dem Stadtrat ab 2023 im Zweijahresrhythmus zum Umsetzungsstand der Maßnahmen sowie entsprechend Kapitel 2.6 des Bildungskonzeptes zur generellen Entwicklung der Bildungslandschaft Halle (Saale) zu berichten.
5. Das Bildungskonzept für die Stadt Halle (Saale) wird regelmäßig fortgeschrieben. Eine erste Fortschreibung soll 2026 erfolgen.

## zu 6      **Anträge von Fraktionen und Stadträten**

---

Es lagen keine Anträge von Fraktionen und Stadträten vor.

## zu 7      **schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten**

---

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten vor.

## zu 8      **Mitteilungen**

---

### zu 8.1      **Mitteilung zur Umsetzung sonstigen Projektförderung im Jahre 2020**

---

Die Mitteilung zur Umsetzung sonstigen Projektförderung im Jahre 2020 wurde zur Kenntnis genommen. Diese ist im Session hinterlegt.

### zu 8.4      **Frau Gellert zur Spielplatznutzung während der Corona-Pandemie**

---

**Frau Gellert** machte auf die Spielplatznutzung im Bereich der Südstadt hinsichtlich der Corona-Pandemie aufmerksam. Sie teilte mit, dass das Gesundheitsamt hierbei dringend kontaktiert werden muss, weil es versäumt hat, nach dem Ausbruch der Corona-Pandemie ganz speziell die Spielplätze zu kontrollieren und die Eltern darüber öffentlich zu informieren. Hierbei sollten die Eltern nochmalig sensibilisiert werden, dass sie Masken tragen müssen.

**Frau Dr. Schaarschmidt** bemerkte, dass die Corona-Pandemie seit einem Jahr besteht und dieses Thema seit dem Ausbruch in allen Medien präsent ist. Die vermehrten Ansteckungsorte bzw. die betroffenen Einrichtungen wie z.B. Kindertageseinrichtungen und Schulen wurden und werden in den täglichen Pressekonferenzen der Stadt Halle (Saale) mitgeteilt.

## zu 9      **Beantwortung von mündlichen Anfragen**

---

### zu 9.1      **Herr Steinke zur Einschulungsuntersuchung**

---

**Herr Steinke** erwähnte die Einschulungsuntersuchungen im Jahr 2021 und 2022. Er sprach die Situation von Kindern an, die bisher in den Kitas keinen Förderbedarf hatten. Aufgrund der Corona-Pandemie würde eventuell für diese Kinder ein besonderer Förderbedarf bestehen. Er fragte, ob die Verwaltung auf diesen Sachverhalt bereits reagiert.

**Frau Dr. Schaarschmidt** wies darauf hin, dass es bei den Einschulungsuntersuchungen zu Verzögerungen kommt. Es gibt aktuell dazu eine schriftliche Anfrage im Stadtrat. Die Verwaltung sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

## zu 9.2 Frau Gellert zur Erstattung von Kita-Beiträgen

---

**Frau Gellert** fragte, ob den Eltern bei der Schließung durch das Gesundheitsamt, der gesamte Elternbeitrag zurückgezahlt werden muss. Wer kommt in Falle einer Rückerstattung für die Einnahmeverluste vonseiten des Trägers auf.

**Herr Frolow** teilte mit, dass laut Satzung keine Möglichkeit besteht, bei solchen Situationen die Kitagebühren zurückzuerstatten. Es ist gemäß der Satzung nicht vorgesehen, deshalb sind Kitagebühren entsprechend von den Eltern zu leisten.

## zu 9.3 Frau Gellert zu KJHG-Ermäßigungen

---

**Frau Gellert** erwähnte die KJHG Ermäßigung vom Monat Mai bis Dezember 2020. Sie fragte, wann diese Auszahlung erfolgen wird.

**Herr Frolow** sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

## zu 9.4 Frau Gellert zu Corona-Impfungen für Erzieher/innen

---

**Frau Gellert** erwähnte, dass Erzieherinnen und Erzieher geimpft werden können. Laut Medienberichte stehen für ca. 1000 Erzieherinnen und Erzieher der Impfstoff bereit. Es sollen Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter im Bereich der Tagesgruppen, Heime und Wohngruppen später geimpft werden. Diese haben täglich und ständig Kontakt zu Kindern. Sie fragte, wann Impftermine für diese benannten Gruppen bereitstehen.

**Frau Dr. Schaarschmidt** wies auf die bundesweit geltende Verordnung hin. Es besteht hierbei kein Spielraum für die Verwaltung. Die Impftermine für die Erzieherinnen und Erzieher werden aktuell sukzessive abgearbeitet.

**Herr Frolow** fügte hinzu, dass eine Impfverordnung besteht und diese abgearbeitet wird. Hierzu entscheidet ein zuständiges Gremium und nicht der Fachbereich Bildung.

## zu 9.5 Frau Stech zu Corona-Impfungen beim ASD

---

**Frau Stech** erwähnte, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vom Allgemeinen Sozialen Dienst aktuell geimpft werden. Sie fragte, wie das mit der Impfpriorisierung vereinbar ist.

**Herr Frolow** teilte mit, dass die Impfpriorisierung und die Impfverordnung nicht vom Fachbereich Bildung umgesetzt wird.

## zu 9.6 Herr Dr. Wend zu Kita-Sozialarbeiter/innen gem. § 23 KiFöG LSA

---

**Herr Dr. Wend** erkundigte sich nach dem aktuellen Stand von zusätzlichen Sozialarbeiter und Sozialarbeiterinnen in den einzelnen Einrichtungen.

**Herr Frolow** sagte, dass die zusätzlichen Landesmittel nach § 23 KiFöG im Monat September 2020 entschieden worden. Diese Mittel sind für den Eigenbetrieb Kita vorgesehen. Der Eigenbetrieb Kita befindet sich momentan in der Stellenausschreibung. Er bemerkte, dass die Stadt Halle (Saale) eine Haushaltssperre hat, d.h. dass die Regelungen der vorläufigen Haushaltsführung momentan analog angewendet werden.

#### zu 9.7 Herr Dr. Wend zu Ersatzstandorten von Kitas während der Sanierungsmaßnahmen

---

**Herr Dr. Wend** erwähnte das Thema von Ersatzstandorten der Kitas während der Sanierungsmaßnahmen. Eltern müssten dadurch größere Strecken zurücklegen und würden dadurch höhere Kosten in Kauf nehmen müssen. Er fragte, ob dieser Sachverhalt bekannt sei.

**Frau Dr. Schaarschmidt** teilte mit, dass dieser Sachverhalt seit dem Jahr 2020 dem Eigenbetrieb Kita bekannt ist. Dieser hat darauf Lösungen entwickelt und umgesetzt.

**Herr Frolow** fügte hinzu, dass Elternbeschwerden vorliegen, die das Thema der Situation einer Auslagerung der Kita beschreiben. Die Verwaltung nimmt den Sachverhalt nochmalig auf.

#### zu 10 Anregungen

---

Es gab keine Anregungen.

#### zu 10.1 Themenspeicher

---

**Frau Dr. Schaarschmidt** wies darauf hin, dass im aktuellen Themenspeicher Verschiebungen vorgenommen wurden.

**Frau Gellert** erwähnte das im vorigen Jahr, die Themen „Vorstellung der AIDS Hilfe“ und Zunahmen von Aggressionsverhalten an Sekundarschulen“ präsent waren. Sie bat darum, diese Themen erneut zu betrachten.

**Frau Dr. Schaarschmidt** erwiderte, dass das Thema AIDS Hilfe auf den aktuellen Themenspeicher steht.

Der Themenspeicher wurde zur Kenntnis genommen.

Da es keine weiteren Anregungen gab, beendete **Herr Dr. Wend** die öffentliche Sitzung und bat um die Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

---

Dr. Detlef Wend  
Ausschussvorsitzender

---

René Lukas  
Protokollführer